

## **Das Gedenken muss der Wahrheit verpflichtet bleiben**

### **Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes von pax christi zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz**

Vor 60 Jahren wurde am 27. Januar das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. Siebentausend kranke und erschöpfte Menschen hatten es überlebt. Die industrialisierte Menschenvernichtung, der über eine Million Menschen allein an diesem Ort zum Opfer fielen, hatte ein Ende gefunden. Für siebzigtausend Lagerinsassen aber war die Zeit der Leiden noch nicht vorüber. Sie mussten wenige Tage zuvor den Weg in die im Westen gelegenen Konzentrationslager antreten. Viele von ihnen verloren auf diesem Todesmarsch ihr Leben. Bis zur Befreiung der letzten Konzentrationslager im April und Mai 1945 mussten noch weitere Tausende Menschen ihr Leben lassen. Die Befreiten litten und leiden bis heute an den Folgen ihrer schrecklichen Erfahrungen.

Auschwitz ist historischer Ort und zugleich Symbol der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten. Der 60. Jahrestag ist deshalb zuerst und vor allem ein Tag des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, in deren Folge sechs Millionen Juden, Hunderttausende Polen, Russen, Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas und andere ermordet wurden.

Sie mussten sterben, weil sie Menschen waren. Ihr Verbrechen bestand in den Augen ihrer Mörder darin, dass sie lebten. Mit dem Begriff „Zivilisationsbruch“ wird versucht, diese Ungeheuerlichkeit zu bezeichnen. Die Erwartung, dass Entwicklung und Fortschritt selbstverständlich zum Wohle und Nutzen des Menschen eingesetzt werden, ist nach Auschwitz ein für alle Mal zerstört. Der Mensch kann den technischen Fortschritt, kann effiziente Organisation und Verwaltung gegen seine Mitmenschen richten. Mit dieser Gewissheit muss die Menschheit nach Auschwitz leben.

Dieses Wissen nährt eine Erinnerung, die sich der Wahrheit verpflichtet weiß. Die historischen und politischen Veränderungen besonders in Osteuropa seit 1990 haben das Gedenken an Auschwitz heraustreten lassen aus den jeweils abgegrenzten Diskursen oder Funktionalisierungen nationaler, politischer und ideologischer Art. Es geht darum, Antwort zu finden auf die Fragen, wie der Verführung des Menschen zum Bösen begegnet werden muss und wie eine Gesellschaft ihre Humanität bewahren kann. In diesem Sinne bleibt Auschwitz in der Erinnerung ein unabgeschlossenes Geschehen. Es kommt darauf an, dem Gedenken einen Ort im kulturellen Gedächtnis der folgenden Generationen zu geben – des deutschen Volkes, aber auch der internationalen Staatengemeinschaft. Dabei verbietet sich eine Nivellierung des Geschehens von Auschwitz durch Gleichsetzungen mit gegenwärtigen Verbrechen ebenso wie seine Instrumentalisierung zur Rechtfertigung militärischer Interventionen.

Aus deutscher Perspektive erledigt sich die Erinnerung an Auschwitz nicht durch die Einführung des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus oder die Errichtung des Berliner Mahnmals zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Das deutsche Gedenken bleibt immer bestimmt von der Trauer und Scham – und von Dankbarkeit für die Befreiung, die andere ermöglichten. Allein aus dieser Haltung erwächst ein verantworteter Umgang mit der Geschichte. Aus dieser Perspektive heraus ist auch das Schicksal, das der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg widerfahren ist, zu beurteilen. Es ist skandalös, wenn in Deutschland heute neonazistische Parteien und rechtsextreme Gruppierungen die Bombardierung deutscher Städte mit dem Geschehen von Auschwitz gleichsetzen. Dadurch verhöhnen sie die Opfer des Holocaust und verfälschen die Wahrheit über die Täter von Auschwitz.

60 Jahre nach Auschwitz ist es heute eine vordringliche Aufgabe, sich dem latenten wie offenen Antisemitismus und Rassismus in Deutschland und Europa entschieden zu widersetzen. Es bedarf der fortgesetzten Aufklärung über die historischen Tatsachen in allen Bereichen der Gesellschaft. Wahrhaftigkeit gegenüber der Geschichte ist ein zentraler Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Ideologien und Vereinfachungen. Den rechtsextremistischen Parteien muss mit allen Mitteln eines demokratischen Rechtsstaates entgegengetreten werden.

Die Auseinandersetzung mit Auschwitz fordert uns zudem dazu heraus, vorhandene Dialoge – insbesondere zwischen Christen und Juden sowie zwischen Polen und Deutschen, aber auch Christen und Muslimen – zu stärken und in einer erweiterten europäischen Perspektive zu führen. Sie fordert dazu heraus, den Appell des „Nie wieder!“ in ein konkretes mitmenschliches, gesellschaftliches und politisches Handeln in Europa umzusetzen, das der unteilbaren Menschenwürde und der Gewaltüberwindung dient und sich allen rechtsextremistischen Verfälschungen widersetzt.

Bad Vilbel, 25. Januar 2005